

Pressemitteilung
Nr. 124/2024
Kiel, 13.06.2024

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Großen Dank an Samiah El Samadoni und ihr Team!

Zum Tätigkeitsbericht der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche erklärt der sozialpolitische Sprecher der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer:

Der Unterstützungsbedarf im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist hoch, und nicht immer lassen sich mit den Jugendämtern und Trägern Lösungen finden, die optimal auf die Interessen des Kindes oder des Jugendlichen abgestimmt sind. Deshalb ist es von unschätzbarem Wert, dass Samiah El Samadoni und ihr Team als Ombudspersonen bereit stehen, um zu beraten, zu unterstützen und bei Konflikten zu moderieren, um bedarfsgerechte Lösungen im Sinne der jungen Menschen zu finden. Dafür gebührt ihnen unser Dank.

Dass die Zahl der jungen Menschen, die sich an die Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche wenden, derart ansteigt, lässt jedoch aufhorchen. Sollte die Ombudsstelle weitere Stellen benötigen, um dem gestiegenen Unterstützungsbedarf gerecht werden zu können, dann muss dies selbstverständlich erfolgen. Daran darf es nicht scheitern! Gleiches gilt natürlich für die Personalbemessung in den Jugendämtern und Einrichtungen.

Unerträglich ist in der Tat, dass junge Menschen aus anderen Bundesländern, die in sozialen Einrichtungen bei uns im Land untergebracht



sind, weiterhin nicht der Schulpflicht unterliegen. Der SSW hat diesen bundesweit ungewöhnlichen und auch in der Sache diskriminierenden Missstand bereits Anfang der letzten Legislaturperiode angemahnt und entsprechende Anträge auf den Weg gebracht. Doch sowohl die damalige als auch die aktuelle Landesregierung unter Daniel Günther ist untätig geblieben. Bildungsministerin Karin Prien sollte sich endlich einen Ruck geben und auch diesen Kindern und Jugendlichen einen diskriminierungsfreien Zugang zur Regelbeschulung ermöglichen.

